

### Was für eine Herausforderung!

Das Jahr 2014 hat uns neue Themen und alte Hüte beschert. Eines dieser neuen Dinge waren die lustigen Querfrontdemonstrationen, auf der Leute mit Aluhüten den Weltfrieden forderten und das Ende der Demokratie meinten. Dass es gelingen ist Rechte und Linke gemeinsam auf die Straße zu bringen, vereint in den abstrusesten antisemitischen Verschwörungstheorien, ist erstaunlich. Ebenso neu war die Zusammenrottung von Hooligans, die sich vermeintlichen Salafisten in den Weg stellen wollten und dabei das Ende der Einwanderungsgesellschaft meinten. Ihr gemeinsamer Nenner mit den ebenfalls anwesenden Kleinbürgern ist eine bizarre rassistische Weltsicht. Begriffe wie Montagsdemos oder Friedensdemos sind zur Karikatur ihrer einstigen Bedeutung geworden, denn sie propagieren ein Menschenbild der Ungleichwertigkeit. Und ein Weltbild das nicht auf Realität, sondern auf groteskem Ideologiemix beruht. Das ist neu. Alt sind die Ideologien: Rassismus, Antisemitismus, Totalitarismus und Rechtsextremismus, die noch nie eine sinnvolle Antwort auf die Fragen der Zeit darstellten. Durch die sozialen Netzwerke gelangt so ein destruktiver Pessimismus auf die Straße, der sich in vielen Milieus breitmacht. Gruppen, die vorher nie Berührung miteinander hatten treffen sich im Geist von Abwehr, Aggression und Verschwörungsideen. Wie auf einer Kette die Perlen reihen sie sich auf gegen die Demokratie - und die Abgrenzungen untereinander beginnen zu verschwinden. Wie können wir es schaffen, vor dieser Art Propaganda nicht zurückweichen, die Realitätssinn, Vernunft und Humanität auf den Kopf stellen will? Die Antwort: wir müssen mehr noch als vorher die Menschenrechte verteidigen und ausbauen. Dafür hat sich die Amadeu Antonio Stiftung auch im vergangenen Jahr eingesetzt. Mehr als 80 Projekte wurden gefördert. Im Internet und den sozialen Netzwerken hat sie über 500.000 User erreicht mit Aufklärung, Beratung und pädagogischer Begleitung. Auf vielen Veranstaltungen und in ihren Projekten ging das Team der Stiftung auf einige der Fragen unserer Zeit ein: Wie wehrt man sich gegen Hate Speech im Netz?



Anetta Kahane ist Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Foto: Peter van Heesen

Wie soll mit Nazifamilien umgegangen werden? Warum werden Frauen in der rechten Szene so oft übersehen? Wie können Flüchtlinge geschützt und unterstützt werden? Wie können Kinder ihre Rechte verstehen und zu selbstbewussten Menschen werden? Wer organisiert in der offenen Jugendarbeit Empowerment für jugendliche Migranten? Wieso ist es ebenso wichtig gegen Antisemitismus wie gegen Rassismus einzutreten? Was sind Verschwörungstheorien und weshalb sind die so beliebt? Wie dekonstruiert man die? Und die wichtigste Frage überhaupt: Macht es eigentlich einen Unterschied ob wir uns um solche Fragen kümmern? Und ist es wichtig, dass uns der Staat dabei unterstützt? Es macht einen Unterschied, denn Menschen haben die Freiheit zu entscheiden, nachzudenken und sich zu verändern. Sie sind nicht nur manipulierbare Massen wie es uns die Verschwörungsfans erzählen wollen. Die Arbeit der Stiftung hat viele Menschen erreicht und einen Unterschied gemacht. Die zivile Gesellschaft hat ebenso viel Verantwortung für eine stabile Demokratie wie Politik und Verwaltung! Wir danken allen, die uns geholfen haben Menschenrechte und Vielfalt im Alltag umzusetzen und sichtbar zu machen. Denn das allein ist die Antwort auf die Verdächtigungen, die Verschwörungsphantasien und den Rassismus derer, die von demokratischer Kultur nichts halten.

### Kein Gras über die Sache wachsen lassen



In Zwickau plante die rechtsextreme Terrorgruppe NSU ihre brutale Mordserie, der zehn Menschen zum Opfer fielen. Dass in der Stadt kaum an die Taten erinnert wird, wollen die Grass Lifter mit ihren kreativen Aktionen ändern. Mit einer Luftballon-Aktion fordern die Engagierten Antworten auf offene Fragen rund um die Verbrechen und die Pannen der Aufklärung.

**GEFÖRDERTES PROJEKT** Am 4. November jährte sich die Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds zum dritten Mal. Inzwischen wird die Schuldfrage in einem langwierigen Prozess juristisch geklärt. Doch das ist nicht genug, findet eine Gruppe Engagierter aus Zwickau – der Stadt, in der die Mitglieder des NSU zuletzt im Untergrund lebten. Frühlingsstraße 26: Der Ort an dem bis zuletzt die Verbrechen des NSU geplant wurden. Hier wohnten diejenigen, die eines der größten rechtsextremen Verbrechen seit 1945 durchführten. Heute bedeckt Rasen das Grundstück auf dem das Haus stand, das am 11. November 2011 von Beate Zschäpe in Brand gesetzt wurde. Während am Ort der Explosion ein Park entstanden ist, der nichts von seiner Geschichte verrät, hat sich die Gruppe «Grass Lifter» zur Aufgabe gemacht die Erinnerung an die Taten wach zu halten. Sie wollen nicht, dass buchstäblich Gras über die Sache wächst. »Gerade die institutionelle und kommunale Verantwortung wird aus unserer Perspektive zu wenig übernommen« finden die Grass Lifter. Sie sind eine freie Künstlergruppe, die sich zusammengefunden hat um genau diese Lücke zu schließen. Seit mittlerweile zwei Jahren versuchen die Engagierten, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen die Frage der zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung und Aufklärung zu stellen. Gefördert werden sie dabei durch die Amadeu Antonio Stiftung. Mit Diskussionsveranstaltungen, offenen Briefen und Kunstaktionen halten sie den Dialog in der Stadt lebendig. Auch zum Jahrestag des Prozessbeginns der NSU-Verbrechen wurde mit einer Kunstaktion auf offene Fragen rund um die Verbrechen hingewiesen. Auf dem Zwickauer Marktplatz wurden 150 Luftballons in den Himmel steigen gelassen, an denen sich unbeantwortete Fragen zu den Themen Rechtsextremismus, NSU und Gesellschaft befanden. Diese entstanden im Dialog mit Schülerinnen und Schülern der Pestalozzi Schule und den Grass Liftern. »Wir wollen damit symbolisch Fragen, die auch in der Stadt Zwickau entstanden und zum Teil unbeantwortet sind, über das Bundesland Sachsen streuen. Das Gras, das zum Beispiel in der Frühlingsstraße 26 immer noch über die NSU-Sache wächst, muss überall ausgegraben werden.« Wie gehen wir in der Gesellschaft mit den Ereignissen fast drei Jahre später um? Wie haben wir uns verändert und wie müssen wir uns noch mehr verändern, damit solche Taten nicht wieder unter uns unentdeckt bleiben können? Wie können wir an Orten, wie in Zwickau, in denen Täter gewohnt haben, aber die Tat selbst nicht verübt wurde, erinnern, aufarbeiten und aufklären? Das sind Fragen die sowohl in Zwickau, aber auch in ganz Sachsen, in einem breiten gesellschaftlichen Dialog beantwortet werden müssen. Nur so kann verhindert werden, dass wirklich Gras über die Sache wächst.

Von Konrad Eucken

### »Die Show ist zu Ende – 184 Todesopfer sind 184 zu viel!«

**GEFÖRDERTES PROJEKT** Jedes Jahr findet im Juli in Kaufbeuren im Allgäu das traditionelle »Tänzelfest« statt. Spätestens seit dem letzten Jahr ist das Fest aber nicht mehr nur für sein traditionsreiches Festival-Programm bekannt. Denn 2013 erlangte die Veranstaltung auch außerhalb Bayerns traurige Berühmtheit, als ein Neonazi einen in Kaufbeuren wohnhaften Spätaussiedler aus Kasachstan mit einem schweren Schlag tödlich verletzte. Hat die Reaktionen auf die Tat, die von einem rassistischen Hintergrund des Täters nichts wissen wollten, offenbarten die fehlende Sensibilität im Umgang mit rechter Gewalt. Im Gästebuch des Festes hieß es sogar: »Lieber Tänzelfestverein, bitte sagt das Feuerwerk nicht ab! The show must go on!« Auch das Gericht, das den Täter später zu elf Jahren Haft verurteilte, erkannte kein rassistisches Motiv. Doch damit wollten sich die Engagierten des JuBiKu e.V. in Kempten nicht zufrieden geben. In dem Antirassistischen Jugendaktionsbüro engagiert sich ein offener Zusammenschluss junger Menschen aus dem Allgäu, die sich für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft ohne Diskriminierung einsetzen. Ihr

Ziel: Auch in einer strukturschwachen, ländlichen Region eine offene, bunte Jugendkultur schaffen, um so rechtem Gedankengut keinen Platz zu lassen. Schon seit einigen Jahren unterstützen die Jugendlichen auch Flüchtlinge mit Beratungsangeboten. Das Büro, das in den Räumen des selbstverwalteten Jugendzentrums react!OR untergekommen ist, dient außerdem als Recherche- und Dokumentationsstelle für lokale Neonaziaktivitäten im Allgäu, das mit verschiedenen Gruppen, Druckereien und Bands eine hohe Dichte an Neonazi-Aktivitäten zu verzeichnen hat. Schon 2008 wurde im nahegelegenen Memmingen der 40-jährige Peter Siebert von einem jungen Neonazi erstochen, weil er sich über die laute Rechtsrock-Musik beschwert hatte. Seitdem setzen sich die Engagierten für eine Erinnerungskultur vor Ort ein. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung werden politische Workshops angeboten und mit Konzerten, Gedichtlesungen und Poetry Slams eine selbstbestimmte nicht-rechte Alltagskultur belebt. Damit die Neonazi-Show ein Ende hat.

Von Konrad Eucken

### WOHNUNGSLOSE – DIE VERGESSENEN OPFER

Am 23.10.2014 wird ein 55-jähriger Ruander in einer städtischen Unterkunft für Wohnungslose im hessischen Limburg brutal von drei Männern zu Tode geprügelt. Polizei und Staatsanwaltschaft gehen von einer rassistischen Motivlage der Täter aus – am selben Tag wurden zwei von ihnen beim Zeigen des Hitlergrußes fotografiert. Die Tat reiht sich ein in eine lange Reihe von Morden an Wohnungslosen durch Neonazis. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung zählt insgesamt 34 Obdachlose unter den Todesopfern rechter Gewalt seit 1990. »Sozialdarwinismus ist ein zentraler Baustein neonazistischer Ideologie. Weil Obdachlose auch von breiten Teilen der Gesellschaft ausgegrenzt werden, finden sie kaum Beachtung«, erklärt Anna Brausam, die sich mit dem Opferfonds CURA für die offizielle Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt einsetzt. Nur an wenigen Orten in Deutschland gibt es Erinnerungsorte und Gedenkveranstaltungen an Todestagen.

### RASSISMUS IN BÜRGERLICHEM GEWAND

Seite einigen Wochen demonstrieren jeden Montag in Dresden »Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes« (Pegida). Zuletzt mit mehr als 10.000 Teilnehmenden. Die vermeintliche Islamisierung dient Pegida nur als Aufhänger, um insgesamt gegen die multikulturelle Gesellschaft und die angeblich ungesteuerte Zuwanderung zu protestieren. »Erst mal wird gesagt: Wir sind keine Rassisten, wir machen uns nur Sorgen. Da wird der Anschein besorgter Bürger gewahrt, der absolut anschlussfähig auch für diejenigen ist, die etwa nicht auf eine Veranstaltung der NPD gehen würden«, erklärt Simone Rafael von der Amadeu Antonio Stiftung. Schon vor Pegida machten die »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) auf sich aufmerksam. Der Zusammenschluss aus gewaltbereiten Fußballfans und Neonazis konzentrierte sich ebenfalls auf eine vermeintliche Islamisierung. Die Teilnehmenden von Pegida verstecken die gleichen Inhalte in gemäßigeren Tönen. Mit Slogans wie »Wir sind das Volk« geben sie sich als demokratische Gruppe und öffnen sich stärker für potenziell Interessierte. Schon jetzt gibt es bundesweit regionale Ableger. »Es ist das aufgeladene Wutbürgertum, aus dem all diese Veranstaltungen entspringen«, so Rafael weiter. »Dennoch geht es um klassisch rechte Themen: Es wird ein Bedrohungsszenario gezeichnet gegenüber Flüchtlingen und Ausländern – angeblich aus Angst um die eigene Meinungsfreiheit.«

### MENSCHENFEINDLICHE EINSTELLUNGEN NICHT VERHARMLOSEN

Im November wurde die Studie »Fragile Mitte. Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014« vorgestellt. Demnach sind klassische rechtsextreme Einstellungen bundesweit auf 2,4 % zurückgegangen (2012: 9%). Gleichzeitig befindet sich die Abwertung von einzelnen Gruppen auf einem hohen Niveau. »Die Zahlen zeigen, dass einzelne Einstellungen der Ungleichwertigkeit in die Breite gestreut haben und weite Kreise der Gesellschaft erreichen«, erklärt Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung. »Nicht allein Rechtsextremismus ist das Problem, sondern die starke Abwertung einzelner Gruppen durch die Mitte der Gesellschaft.« So stimmen über 44% der Befragten abwertenden Aussagen über asylsuchende Menschen zu. Vorurteile über Sinti und Roma sind bei mehr als einem Viertel der Befragten vorhanden. »Dass jeder zweite Befragte meint, man solle den Rechtsextremismus gar nicht beachten und er werde in den Medien hochgekocht, ist deshalb ein gefährliches Signal«, führt Kahane aus. »Wir dürfen uns nicht auf den erzielten Erfolgen ausruhen. Sondern wir brauchen eine langfristige Präventionsarbeit, die der Abwertung von einzelnen Gruppen vorbeugt.«

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren, und die für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Opferschutz, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für

Aussteiger aus der Naziszene. Für sie und ihr Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt.

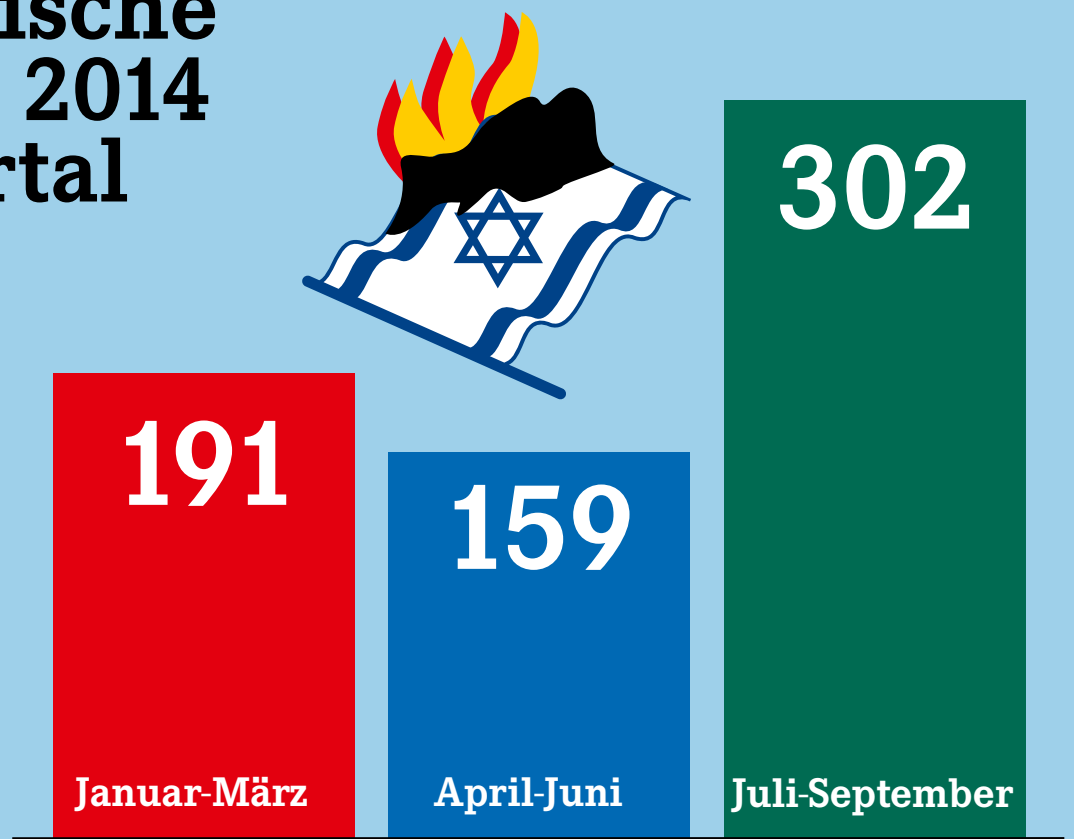


Die Anzahl antisemitischer Straftaten hat sich im dritten Quartal diesen Jahres im Vergleich zu den vorherigen Quartalen verdoppelt: In diesem Zeitraum befanden sich die antiisraelischen Demonstrationen auf dem Höhepunkt. In der Öffentlichkeit wurde Antisemitismus deshalb zum »importierten Problem« von jugendlichen Muslim/-innen gemacht. Dabei werden antisemitische Straftaten zu fast 90% von Rechtsextremen verübt. Nicht erfasst in der polizeilichen Statistik sind Schändungen jüdischer Friedhöfe – diese gelten als »Störung der Totenruhe«. Die Amadeu Antonio Stiftung versteht diese aber durchaus als politisch motiviert und dokumentiert sie in der Chronik antisemitischer Straftaten, die sie auf ihrer Webseite kontinuierlich führt. So erschreckend die Zahlen antisemitischer Straftaten sind: am Jahresende werden sie mit Nachmeldungen in der Regel sogar noch einmal nach oben korrigiert. Auch die antisemitischen Einstellungen machen deutlich: Antisemitismus ist kein Problem von gesellschaftlichen Randgruppen, sondern ist in der breiten Bevölkerung verankert. Zustimmung finden dabei weniger traditionell antisemitische Aussagen, sondern solche, die den »Umweg« über einen israelbezogenen Antisemitismus nehmen. Auch der moderne Antisemitismus funktioniert als universales »Welterklärungsmodell« und bringt mit kruden Verschwörungstheorien verschiedene politische Spektren zusammen.

Mehr über unsere Arbeit gegen Antisemitismus: [www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de](http://www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de)

Quellen: Kleine Anfrage: Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2014 der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Fragile Mitte – Feindselige Zustände« (2014)

## Antisemitische Straftaten 2014 nach Quartal



- 571 (87,6 %) ..... der Straftaten verübten Rechtsextreme
- 18 ..... Verletzte in Folge antisemitischer Übergriffe
- 18% ..... der Deutschen finden, dass Juden durch ihr Verhalten an ihren Verfolgungen mit schuldig sind.
- 27,9 % ..... der Deutschen können bei der Politik, die Israel ihrer Ansicht nach macht, gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.
- 39,9 % ..... der Deutschen sind der Meinung, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führt.
- 55 % ..... der Deutschen ärgern sich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden würden.

### »Das ist ein Warnzeichen«



Stephan Kramer ist seit diesem Jahr neues Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung. Er war viele Jahre Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland. Wir sprachen mit ihm über seine Arbeit im Stiftungsrat und den aktuellen Antisemitismus.

Der aktuelle Gaza-Krieg hat es erneut gezeigt: Der Nahost-Konflikt bietet eine Plattform, um auf antiisraelischen Demonstrationen antisemitische Haltungen offen zum Ausdruck zu bringen. Obwohl an den Protesten unterschiedlichste Gruppen teilnahmen, richtet sich der Fokus vor allem auf migrantische junge Männer. Zuletzt war daher viel vom »importierten Antisemitismus« die Rede. Trifft der Begriff die aktuelle Problemlage mit der wir es zu tun haben?

Mit dem Begriff »importierter Antisemitismus« macht man es sich zu einfach. Denn bei den Teilnehmenden der Demonstrationen handelt es sich in einem Großteil der Fälle, vielleicht sogar in den meisten Fällen, um relativ junge Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben oder hier geboren wurden und in Deutschland zur Schule gegangen sind. Von »zugereisten« Antisemiten kann man also nicht unbedingt reden. Wir haben es heute mit linkem, rechtem und muslimischem Antisemitismus zu tun. Auch in der Mitte der Gesellschaft ist er wieder salonfähig geworden. Das ist ein Warnzeichen: sie alle sind Feinde der Demokratie.

Welche Herausforderungen ergeben sich in Zukunft bei der Arbeit gegen Antisemitismus?

Die hässliche Fratze des Antisemitismus hat sich über die Jahrhunderte stets neu erfunden. Sie im Alltag zu erkennen ist auch heute nicht immer ganz einfach. Der Antisemitismus ist ein vielschichtiges Problem und kommt zudem nicht mehr nur aus einer politischen Richtung. Für eine erfolgreiche Therapie, ohne Aussicht auf vollständige Genesung, brauchen wir unterschiedliche Ansätze, wie Bildung und gesellschaftliche Ächtung, aber auch gesellschaftsübergreifende Verbündete und vor allem viel Geduld und Entschlossenheit. Es geht im Kampf gegen Antisemitismus aber vor allem nicht nur um die Sicherheit jüdischer Bürger in unserem Land, sondern darum, dass diese Form der Menschenfeindlichkeit eine Bedrohung für die Grundwerte unserer freien, demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft ist und als solche erkannt und bekämpft werden muss.

Was ist Ihre Motivation zur Mitarbeit im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung?

Die Amadeu Antonio Stiftung, ihr Team und Freundinnen und Freunde haben in den letzten Jahren gezeigt, dass der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Form von Intoleranz, zum Teil unter schwierigsten finanziellen, personellen und politischen Umständen, möglich und vor allem erfolgreich sein kann. Diese wunderbare und hoffnungsvolle Arbeit und vor allem die Menschen, die sie täglich ausführen, zu unterstützen, ist meine Motivation. Ich bin überzeugt davon, dass durch die Arbeit der Stiftung unsere Welt an manchen Stellen ein klein wenig besser wird auch wenn wir den Erfolg nicht immer gleich und sofort messen können.

Welche Schwerpunkte setzen Sie bei Ihrer Arbeit im Stiftungsrat?

Ich möchte versuchen, zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Stiftungsrat, die politische und finanzielle Anerkennung und Unterstützung für die Arbeit der Stiftung in Politik und Gesellschaft langfristig zu sichern und auf eine solide Basis zu stellen. Auch muss es gelingen, die fachliche Expertise, die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung in den letzten Jahren hart erarbeitet haben, noch mehr als bisher in die Gremien der politischen Entscheidungsfindung einzubringen.

Das Gespräch führte Robert Lüdecke Foto: Reto Klar

### Antisemitismus in Deutschland – ein Lagebild

Der Antisemitismus ist in Deutschland immer dann öffentlich besonders präsent, wenn sich Israel in militärischen Auseinandersetzungen befindet – dies zeigte sich deutlich während der israelfeindlichen Demonstrationen im Sommer. Bereits die »Montagsmahnwachen« Anfang dieses Jahres haben deutlich gemacht: kein Thema ist in der Lage, politische Gräben zu überwinden, wie es Israel und ein antisemitisches Weltbild schaffen. Deshalb blieb auch der öffentliche Aufschrei aus, wenn Politiker der Linkspartei auf der gleichen Demonstration mitlaufen, an der sich auch Neonazis beteiligen. Diese neue antisemitische Allianz vereint Personen vom linken Flügel über die Mitte der Gesellschaft bis hin zum extremen rechten Rand. Die antisemitischen Welterklärungen der Montagsdemonstrationen sind einfach und für viele anknüpfungsfähig. Die Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien nimmt immer mehr zu und erreicht so auch breitere Teile der Gesellschaft. Doch hinter den Theorien rund um die vermeintliche Macht von Juden in Politik, Presse und Wirtschaft steckt ein gefährliches Einfallstor für Antisemitismus. Und die Erhebungen zu menschenfeindlichen Einstellungen zeigen, dass solche Vorurteile längst in der Mitte der Gesellschaft verankert sind: zwei Drittel der Befragten stimmen Äußerungen zu, die Israel und den Nationalsozialismus teilweise gleichsetzen. Eine Argumentation, die besonders im linken Lager sehr verbreitet ist. Der Großteil der antisemitischen Äußerungen wird von der Mehrheit der Bevölkerung

nicht offen geäußert, sondern auf Umwegen – getarnt als vermeintliche Kritik am Kapitalismus oder eben Israel. Doch die Zurückhaltung vor offen antisemitischen Äußerungen geht immer mehr zurück. Bei den Gaza-Demonstrationen waren es vor allem muslimisch-migrantisch geprägte Teilnehmende, die offen antisemitische Parolen riefen. Deshalb wurden diese Demonstrationen mit Vorliebe genutzt, um den Antisemitismus auf eine andere Gruppe abzuschieben und von den eigenen Äußerungen abzulenken. Sprüche wie »Hamas, Hamas – Juden ins Gas« zeigen aber, dass es nicht damit getan ist, diesen Antisemitismus als vermeintlich »importiert« abzutun, sondern dass er an die deutsche Geschichte und Gesellschaft anknüpft. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich Rechtsextreme auch an den Demonstrationen dieses Sommers beteiligten, die nicht von ihnen organisiert wurden. Denn für sie ist es immer ein Erfolg, wenn sich die Grenzen des Sagbaren so verschieben, wie es in diesem Sommer geschah. Neonazis nutzen antisemitische Stimmungen gezielt aus und heizen sie an. Denn der Antisemitismus ist ein Kern der rechtsextremen Ideologie. Rechtsextreme sind immer noch für die meisten antisemitischen Straftaten verantwortlich. Neun von zehn antisemitischen Straftaten sind politisch rechts motiviert. Doch antisemitische Stimmungen stärken den Tatern den Rücken. Deshalb braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Zivilgesellschaft und Politik, um antisemitischen Vorurteilen den Boden zu entziehen.



Antisemitische Parolen der Montags- und Mahnwachenbewegung vor dem Kanzleramt in Berlin im Jahr 2014. Foto: Oliver Feldhaus



## Kinderrechte zum Anbeißen

**GEFÖRDERTES PROJEKT** Jedes Kind hat Rechte – und zwar die gleichen Rechte, ganz egal an welchem Ort der Erde es aufwächst. Zum diesjährigen 25. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention wollten Kinder in Eberswalde herausfinden, wie es ganz praktisch damit aussieht. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert das Projekt von Kindern für Kinder.

Schon seit einigen Jahren beschäftigt sich die Bürgerstiftung Barnim Uckermark ganz praktisch mit gelebten Kinderrechten in der Kommune. In einem gemeinsamen Projekt mit der Amadeu Antonio Stiftung lernten Eberswalder Kinder ihre Rechte kennen und entschieden dann selbst über eigene Projektideen. Doch schnell mussten die Kinder feststellen, dass die Kinderrechte nicht so bekannt waren, wie sie gehofft hatten. In Interviews mit Eltern, Lehrer/innen und anderen Erwachsenen wurde ihnen klar, dass kaum jemand mit dem Begriff »Kinderrechte« etwas anfangen konnte, erzählt Projektmitarbeiterin Katja Neels. Wie können die Rechte von Kindern aber garantiert werden, wenn niemand etwas von ihnen weiß?

Eine Idee musste her, mit der man die Aufmerksamkeit auf die Kinderrechte und ihre Bedeutung lenken kann. Und so begannen die Überlegungen der Kinder: Plakate? Flugblätter? Oder gar eine Demonstration? Dann kam ihnen die Idee. Versammelt in der Schulküche versuchte man sich mit dem Backen von Keksen, die inzwischen professionell hergestellt werden. Wie bei Glückskekzen verstecken sie in ihrem Inneren Botschaften, die über Kinderrechte aufklären. In diesem Jahr sandten insgesamt 179 Kinder über 500 selbst formulierte Textvorschläge ein, verrät Katja Neels. Um möglichst viele Kinder zu erreichen,

wandte man sich an über 70 Schulen und forderte alle Kinder im Alter von 9 bis 13 Jahren sich zu beteiligen. Die den Kindern wichtigsten Themen waren Recht auf Spiel – Freizeit – Privatleben – Freunde – Recht auf Bildung, Recht auf elterliche Fürsorge – Familie – Zuhause sowie Recht auf Gewaltfreiheit. Eine Kinderjury, bestehend aus früheren Teilnehmenden, wählte aus den eingesandten Vorschlägen schließlich die Texte aus, die nun in den Keksen zu finden sind. Darunter Formulierungen wie die von der 12-jährigen Marlena: »Alle sollten gleich behandelt werden. Egal, welche Hautfarbe, welches Geschlecht, welche Religion, welche Meinung sie haben.« oder die 10-jährige Wiebke: »Jedes Kind hat ein Recht, den zu lieben, den es wirklich liebt.« Mit den Erlösen aus dem Verkauf der Kekse werden Kinder- und Jugendprojekte in der Region Barnim

**»ALLE SOLLTEN GLEICH BEHANDELT WERDEN«**

Uckermark gefördert. Und auch über die Verwendung wird in einem Kinder- und Jugendbeirat ganz selbstständig entschieden. Unter den Projekten waren in den letzten Jahren z.B. eine Wanderausstellung »Kinderrechte«, die von Schwedter Grundschulkindern selbst entwickelt und veranstaltet wurde, eine Zukunftswerkstatt von Kindern zum Thema Freizeitmöglichkeiten und Sich-Wohl-Fühlen im eigenen Dorf im Boitzenburger Land oder die bunte Neugestaltung einer grauen Schulbushalte durch Kinder in Lychen. Gerade zum diesjährigen 25. Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention ist das Thema aktueller denn je. Denn bei der konkreten Umsetzung kommt es in erster Linie auf die Kommunen, Städte und Schulen an: Es geht darum, das friedliche und respektvolle Zusammenleben vor Ort aktiv zu gestalten.

Von Sarah Beck

## Kassel in Bewegung setzen

**GEFÖRDERTES PROJEKT** Fairplay, Respekt und Spaß am Sport. Nicht Ellenbogenmentalität, Ausgrenzung und Leistungsdenken. Dafür steht der Sportverein Dynamo Windrad aus Kassel. Dass das nicht nur leere Worthülsen sind, beweist der Verein mit seiner zweiwöchigen »Bolz-WM«. Seit 1986 zieht dieses regionale Großereignis alle vier Jahre über 5.000 Fußballbegeisterte aus der Region, aber auch aus den Niederlanden, England, Norwegen, Italien und Indien nach Kassel. Die »Bolz-WM« richtete sich in diesem Jahr erstmals gezielt auch an Flüchtlinge. Die Stadt Kassel, der Sportclub Türkgücü und der Sportverein Dynamo Windrad konnten über 50 Flüchtlinge für das Turnier begeistern; darunter sogar eine Gruppe aus Bremen und eine Kindermannschaft. »Die Kinder sind förmlich aufgeblüht. Sie haben gesehen, dass es auch Orte gibt, wo sie sich rundum wohl fühlen können«, berichtet Henning Beste vom Verein Dynamo Windrad.

Mit Angeboten wie der »Bolz-WM« versucht der Verein den Geflüchteten die Ankunft in der Region zu erleichtern. Das Ziel: Sie sollen sich in ihrer neuen Umgebung etwas wohler fühlen. Denn »eine Vielzahl der Flüchtlinge lebt in den Einrichtungen in

einer beunruhigten Situation. Viele haben auch auf ihrer Flucht schreckliche Dinge erlebt. Sie machen sich Sorgen um ihre Zukunft und um ihre Angehörigen in ihrer Heimat. Und dann werden ihnen noch Vorbehalte aus der hiesigen Bevölkerung entgegen gebracht«, erklärt Beste. Gerade Fußball sei häufig ein Nährboden für nationale und rechte Themen. »Doch durch Veranstaltungen wie die Bolz-WM zeigen wir, dass es in Kassel reichlich Menschen gibt, denen Toleranz und die Gemeinsamkeit wichtiger ist, als nationale Identität«, so die Veranstaltenden. Im Mittelpunkt der Bolz-WM steht daher nicht nur Fußball, sondern im gleichen Maße ein gegenseitiges Kennenlernen und Überwinden vermeintlicher Grenzen. Auch in Zukunft setzt der Verein alles daran, seiner Leitlinie zur Integration von Menschen, die nicht von den üblichen Vereinsangeboten erreicht werden, gerecht zu werden: Zur nächsten Bolz-WM werden wieder Flüchtlinge eingeladen. Zudem können seit Anfang dieses Jahres Flüchtlinge an einem wöchentlichen Sportangebot teilnehmen. »Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und vor allem Kassel in Bewegung setzen«, berichten die Veranstaltenden.

Von Luisa Wingerter

## Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern: Jeden Tag Hass

»Es ist alles gut. Nein, wirklich, es ist alles gut!« Saeab lächelt, er lächelt die ganze Zeit. Er ist aus Syrien nach Deutschland geflohen. Er lebt im Flüchtlingsheim in Ludwigslust, 10 Quadratmeter gemeinsam mit zwei Fremden. Sie haben drei Betten mit zerschlissener Bettwäsche, dazu drei Spinde. Im Keller gibt es acht Duschen für 50 Männer, von denen sind vier kaputt. Die Küche teilen sie sich mit fünf weiteren Menschen. Das Haus verkommt, überall bröckelt Putz, fehlt Laminat. Im Zimmer ist die Heizung kaputt. Die Verwaltung sagt: Ist doch noch warm. Und der Kontakt zu den Menschen »draußen?« Alles gut«, sagt Saeab. Sein Zimmergenosse schüttelt den Kopf. Er sagt: »Die mögen uns nicht.«

Wir befinden uns auf einer Presstour in Mecklenburg-Vorpommern, organisiert von den Projekten »Lola für Lulu« und »Aktion Schutzschild« der Amadeu Antonio Stiftung. Lin aus Eritrea wohnt seit einem Jahr in einem kleinen Zimmer, in einer Wohnung mit vier fremden Männern. »Die sind aber zum Glück in Ordnung«, sagt die junge Muslima. Lin hat noch Glück, viele andere Frauen haben keine eigenen Sanitärräume, können ihre Zimmer nicht abschließen oder müssen sie mit fremden Männern teilen. Dazu kommen verbale und körperliche Übergriffe, von anderen männlichen Flüchtlingen wie auch dem Heimpersonal.

Die Flüchtlinge, die wir in Anklam, Güstrow und Ludwigslust besuchen, erzählen, dass sie nur selten in die Stadt gehen. Aziz ist mit ihren zwei kleinen Söhnen aus Syrien geflohen. Nach acht Monaten im Flüchtlingsheim in Anklam freut sie sich, dass sie endlich einen Deutschkurs im Heim machen kann. Das findet sie gut: »Denn es lohnt sich nicht,

hinaus zu gehen.« Warum? »Da sind die Nazis. Sie beschimpfen uns, sie spucken auf uns, sie schreien. Hier im Haus beschützt uns wenigstens der Sicherheitsdienst.«

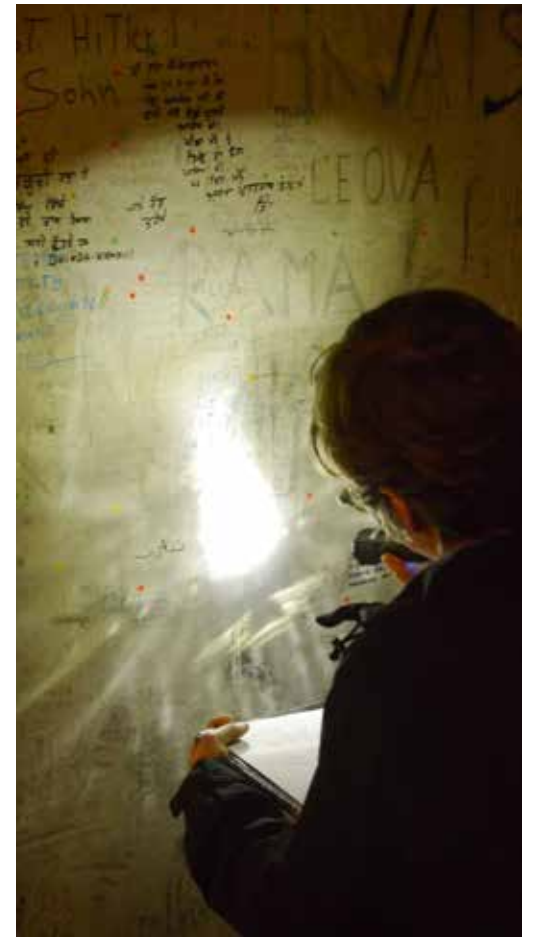
Mecklenburg-Vorpommern hat eine verhältnismäßig große und gewalttätige Nazi-Szene. Die nutzt das Flüchtlings-Thema, um die rassistische Stimmung anzuheizen. In Schulen verteilt die NPd Anweisungen, sich nicht mit Flüchtlingen anzufreunden. Bei Bürgerversammlungen treten rechts-extreme Aktivistinnen als harmlose, unpolitische Mütter auf und inszenieren sich und ihre Kinder als Opfer der Flüchtlinge. Wer hilft den Flüchtlingen, die diesen Anfeindungen ausgesetzt sind? In der Regel sind es private Initiativen, manchmal kirchliche, oft sehr klein, aber engagiert und herzlich.

Die Flüchtlinge haben Unterstützung bitter nötig: »Wenn wir das Heim hier in Güstrow verlassen, zeigen uns die Menschen auf der Straße den Mittelfinger, sie schreien und rempeln uns an«, erzählt Abdoulaye aus Mauretanien. Sherif ergänzt: »Neulich kam mir einer entgegen und brüllte mir »Ebola, Ebola« ins Gesicht.« Der junge Schweißler schaut auf seine Hände: »Wenn ich in einen Laden gehe, will die Verkäuferin nicht einmal das Geld anfassen, dass ich zuvor in der Hand hatte.« Wie kann man das aushalten? Noch dazu, ohne etwas zu tun zu haben? Zwei Mal in der Woche dürfen die Flüchtlinge den Fußballplatz nutzen, davon erzählen alle begeistert. Der Kontakt in örtliche Sportvereine lief nicht so gut. Oft hören die Flüchtlinge, der Verein sei voll. Ein Freund von Eri aus Ghana wollte in den Boxverein. Dort wurde er im ersten Training gebissen. Seitdem geht dort niemand mehr hin.

Von Simone Rafael Foto: Fridolin Welti

## Ein Gefängnis erzählt Geschichte

**GEFÖRDERTES PROJEKT** Polnisch, Arabisch, Rumänisch, Tamil, Ukrainisch, Russisch, Punjabi, Hebräisch - diese Vielzahl an Sprachen erinnert an Einträge eines linguistischen Lexikons. Tatsächlich handelt es sich um einige der Sprachen, in denen Inhaftierte des ehemaligen Abschiebegefängnis Klapperfeld in Frankfurt in den 1980er Jahren Inschriften hinterlassen haben. Finden kann man sie überall - an Wänden, Türen und Decken. Diese rücken nun in den Mittelpunkt eines Projekts, das vom Arbeitskreis 2. Stock der Initiative Faires votre jeu! initiiert wurde. Der verheerende Zustand des über 100 Jahre alten Baus ruft Mitgefühl und nachdenkliches Schweigen hervor, insbesondere wenn man erfährt, dass es bis 2002 genutzt wurde. Dass in direkter Nachbarschaft ein solcher Ort vorhanden ist, lässt kaum jemanden unberührt, so die Initiatoren der Initiative. Sie wollen zum einen die kaum bekannte Geschichte des Gefängnisses mit seiner langen wechselhaften Nutzung ins Bewusstsein rufen und im Speziellen die letzte Phase als Abschiebegefängnis thematisieren. Im Zuge des Projekts sollen die 18 Zellen für sich wirken. Lediglich ein Zimmer wird Hintergrundinformationen zum Alltag der Gefangenen und der Abschiebehaft im Allgemeinen liefern. In drei ehemaligen Zellen werden die Inschriften mittels Klanginstallationen zum Leben erweckt. Gefunden wurden vielfältige Botschaften, die von Freiwilligen übersetzt und in kleinen Broschüren zusammengetragen wurden. Teilweise sind es Mitteilungen an andere Insassen, um ihnen Mut zu machen - aber auch auf Deutsch formulierte, gegen den Staat gerichtete Beschimpfungen. Manchmal wollten die Insassen einfach nur festhalten, dass sie einmal dort gewesen sind oder welchen Weg sie zurückgelegt haben. Feindseligkeiten unter den Inhaftierten selbst fanden sich selten, Botschaften für Familie und die eigenen Kinder häufiger. Oftmals wollte man einfach zum Durchhalten ermutigen oder einfach nur etwas Abwechslung im grauen Gefängnisalltag bieten, was ein in Moldauisch formuliertes Rätsel vermuten lässt. Die Hintergründe werden mithilfe von Interviews recherchiert, zum Beispiel mit Anwälten und Engagierten des damaligen Freiwilligenbesuchsdienstes. Sie unterstützen die in der Abschiebung befindlichen Personen und können noch heute einiges



Entziffern der Inschriften Foto: Initiative 2. Stock

über die Begegnungen mit ihnen berichten. Noch gibt es keine Interviews mit ehemals Inhaftierten, zu schmerzlich sind ihre Erinnerungen, zu wenig Vertrauen haben sie nach ihren Erfahrungen. Eröffnet wird die Ausstellung, die eigentlich gar keine ist, im Januar. Um kritisch zu erinnern, die Geschichte des Gefängnisses zu beleuchten und sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Von Sarah Beck

## Der Opferfonds CURA hilft!

**Mit insgesamt 26.372,33 Euro im Jahr 2014 konnte der Opferfonds CURA 25 Betroffene rechter Gewalt und Opferberatungsstellen finanziell unterstützen.**

Angesichts der traurigen Realität alltäglicher rechts-extremer Gewalt in Deutschland ist der Opferfonds CURA unerlässlich, um Betroffenen Unterstützung bieten zu können. Nach einem Angriff leben sie in Angst und sind traumatisiert. Dann brauchen sie schnelle Hilfe. Diese Erfahrung musste eine junge Frau aus dem Ruhrgebiet durchleben. Sie wurde von einer Gruppe Neonazis brutal zusammengeschlagen. Ins Krankenhaus wird sie mit Verdacht auf Schädelbasisbruch eingewiesen. Dieser erhärtet sich glücklicherweise nicht, aber seit dem Angriff leidet sie immer wieder unter Kopfschmerzen. Weil die junge Frau im anschließenden Verfahren gegen die Täter weiterhin durch diese verbal bedroht wird, erwirkt ihr Anwalt die Anonymisierung sämtlicher Kontaktdaten. Trotzdem sickert ihre Adresse bei dem Verfahren durch. Seitdem fühlt sich die Betroffene nicht mehr sicher. Der Opferfonds CURA ermöglicht der jungen Frau einen dringend notwendigen Umzug.

Frau N. ist die Witwe des 1998 von Neonazis getöteten Nuno João Lourenço. Nachdem das deutsche Fußballteam bei der Weltmeisterschaft gegen Kroatien verloren hat, zieht eine Gruppe Rechts-extremer los, um ihren Frust an »Ausländern« abzulassen. Als sie auf Lourenço treffen, treten sie mehrmals mit Stahlkappenschuhen gegen dessen Kopf. Wenige Monate nach der Tat stirbt er an den Folgen. Nach der Gerichtsverhandlung ist Frau N. hoch verschuldet. Weil das Gericht eine Kostenentscheidung bezüglich der Nebenklage versäumte, blieb die Witwe auf den Anwalts- und Reisekosten sitzen. Um Frau N. neben der psychischen Belastung zumindest finanziell unter die Arme zu greifen, hat der Opferfonds CURA einen Teil der Anwaltskosten beglichen. Damit Betroffenen rechter Gewalt auch in Zukunft schnell und unbürokratisch geholfen werden kann, brauchen wir Ihre Unterstützung.

Helpen Sie uns mit Ihrer Spende!

**CURA**  
OPFERFONDS RECHTE GEWALT





## Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge 1. bis 3. Quartal 2014

Rassistische Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen sind in Deutschland alltäglich



**29** Übergriffe  
auf Flüchtlinge



**23** Brandanschläge  
auf Unterkünfte



**27** Sachbeschädigungen  
an Unterkünften



**194** Flüchtlingsfeindliche  
Kundgebungen/  
Demonstrationen

Statistisch gesehen ...

... findet beinahe jeden Tag eine flüchtlingsfeindliche Kundgebung bzw. Demonstration statt

... finden jeden Monat mehr als fünf Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt

Quelle: »Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt«  
abrufbar auf [mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://mut-gegen-rechte-gewalt.de)

## GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG  
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL  
DER EINZELFALL ZÄHLT.

### IHRE SPENDE KOMMT AN!

Die beste Antwort auf Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Initiativen, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur engagieren. Mehr als 800 solcher Projekte konnten wir bereits fördern und so an vielen Orten das Klima zum Guten ändern. Allein im Jahr 2014 waren es 81 gute Ideen, die die Demokratie bereichern. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Erfolg fortsetzen. Ihre Spende bewirkt viel!

Mit 100 Euro ermöglichen wir den Druck eines Flyers, um eine Gedenkveranstaltung für ein vergessenes Todesopfer rechter Gewalt zu bewerben. Mit 250 Euro finanzieren wir ein Theaterprojekt, bei dem sich Jugendliche mit Rassismus beschäftigen und Handlungsmöglichkeiten lernen. Mit 1.000 Euro machen wir eine Reihe von Veranstaltungen in einer Region möglich, die Menschen zusammenbringt, die sich für den Schutz und die Unterstützung von Flüchtlingen einsetzen.

Spendenkonto: GLS Bank | IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00 | BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Die Stiftung sendet Ihnen eine Spendenquittung zu, bitte geben Sie hierzu Ihre Adresse bei der Überweisung an.

### ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig \_\_\_\_\_ €  
 Ich spende per Lastschrift \_\_\_\_\_ €  
 monatlich     halbjährlich     jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:  
Amadeu Antonio Stiftung, Liniestraße 139, 10115 Berlin

## Willkommenskultur gestalten: »Niemand soll bei Null anfangen«

**Gewalt und Hetze gegen Geflüchtete sind in Deutschland an der Tagesordnung. Über flüchtlingsfeindliche Einstellungen, ländliche Strukturen, und darüber, was jede und jeder Einzelne zum Schutz Geflüchteter tun kann, sprechen wir mit den Koordinierenden des Projekts »Aktion Schutzschild« der Amadeu Antonio Stiftung, Jan Riebe und Natalie Ofori.**

**Worum geht es im Projekt »Aktion Schutzschild«?**  
Natalie: Grundüberlegungen des Projektes sind: Was können Kommunen, aber auch Einzelpersonen - vornehmlich in ländlichen Regionen, aber auch in Städten - tun, um sich flüchtlingsfeindlicher Gewalt und Hetze entgegen zu stellen. Und vor allem: Wie können Flüchtlinge unterstützt werden. Erfreulicherweise versuchen Initiativen und Einzelpersonen an vielen Orten, sich einzubringen und der leider oft vorhandenen Gewalt gegen Flüchtlinge eine Willkommenskultur entgegenzusetzen, die ihren Namen auch verdient.

**Wie sieht eure Arbeit vor Ort dann konkret aus?**  
Jan: An vielen Orten gibt es »Willkommensinitiativen«, die jahrelang viele Erfahrungen gesammelt haben. Gleichzeitig entstehen gerade an vielen Orten Gruppen, die gerne was tun möchten, aber nicht wissen wie. Hier kommen wir dann ins Spiel, denn niemand soll bei Null anfangen. Durch unsere eigene Erfahrung und eine enge Zusammenarbeit mit erfolgreich agierenden Willkommensinitiativen haben wir Wissen darüber angesammelt, welche Ansätze erfolgsversprechend sind und welche eher nicht. So können wir bundesweit örtliche Engagierte und Kommunen untereinander vernetzen und dazu beraten, wie Geflüchtete vor Gewalt geschützt und In-

klusionshilfe vor Ort geleistet werden kann. Aber wir beraten nicht nur Initiativen, sondern auch Kommunen. Denn auch hier gibt es Kommunen mit viel Erfahrung bei dem Thema und solche, die noch ganz am Anfang stehen.

**Ihr habt erwähnt, dass der Schwerpunkt des Projektes auf dem ländlichen Raum liegt. Warum ist das so?**  
Natalie: Das hängt damit zusammen, dass im ländlichen Raum die Probleme häufig noch einmal anders gelagert sind, als in Städten. Der Sozialraum ist ein ganz anderer. Es existieren teilweise starke rechte Strukturen und Stimmungen, die eine Gefahr für Flüchtlinge bedeuten. Neben Rechtsextremismus und alltäglichem Rassismus sind auch die Infrastrukturen in abgelegenen Gebieten häufig ein Problem: Wege sind teilweise ewig lang. Flüchtlinge aus Torgelow zum Beispiel müssen zu ihren Deutschkursen nach Anklam reisen; teilweise drei Stunden hin und zurück. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hören wir von Geflüchteten immer wieder, dass Ärzte nur deutsch sprechen. Dolmetschende für Behördengänge bekommen keine ausreichenden Fahrtkosten erstattet, so dass diese gar nicht erst in die Region kommen. Im ländlichen Raum gibt es also anders gelagerte Problem, aber auch andere Ressourcen, auf die zurückgegriffen werden kann. Daher der Aufruf: Projekte, Initiativen, Kommunen und Einzelpersonen, die Beratung rund um das Themenfeld »Willkommenskultur« wünschen, können sich sehr gerne an uns wenden, wir helfen dann direkt weiter, oder vernetzen Sie auch mit anderen Initiativen. Wir sind aber auch immer an erfolgreichen Projekten zur Willkommenskultur interessiert, denn an jedem Ort wo Flüchtlinge leben, sollte die Möglichkeit bestehen, an die Erfahrung anderer anzuknüpfen.

## Angstzonen aufbrechen

**GEFÖRDERTES PROJEKT**  
In Kiel trieben Rechtsextreme an einem kleinen Strand lange Zeit ihr Unwesen. Doch eine Gruppe engagierter Jugendlicher wollte nicht tatenlos zusehen. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung stellten sie ein buntes Programm zusammen, um den Ort wieder mit nicht-rechter Kultur zu beleben. Seit nunmehr sechs Jahren treffen sich regelmäßig Neonazis am Skagerrakufer in Kiel, um Partys mit rechtsextremer Musik zu feiern und rechte Aktivitäten zu planen. Gewalt blieb dabei nicht aus: mehrmals war der ortsansässige Kebladen Ziel ihrer rassistischen und menschenverachtenden Attacken. Um den Neonazis keinen Raum für ihre Ideologie und Vorhaben zu lassen, veranstaltet der junge Verein Anstatt e.V. in Kiel nun bereits zum dritten Mal das »Festival am kleinen Strand«. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie in ihrem Vorhaben. »Angefangen hat das Ganze damit, dass Rechtsextreme CDs mit Nazi-Musik an Kieler Schulen verteilt haben. Da sowas nicht klar geht, haben wir deren Idee geklaut und coole CDs mit cooler Musik gegen Nazis an Schulen verteilt«, erklären die Engagierten des Anstatt e.V.. Da diese Aktion nicht die einzige

bleiben sollte, gründete sich der Verein vor nun drei Jahren. Seitdem ist viel passiert: zahlreiche Konzerte, Informationsveranstaltungen und diverse Partys fanden statt, um vor allem die jungen Kielerinnen und Kieler gegen Rechts aufzurütteln. Das alljährliche Highlight bildet das »Festival am kleinen Strand«. Dieses Jahr unter dem Motto »Musik, Gemüse und warmes Wasser gegen Nazis«. Ende August war es wieder soweit: am Skagerrakufer wurde es bunt, laut und tanzbar. Diverse Bands aus unterschiedlichen Musikgenres hatten sich nicht lange bitten lassen, mit allen interessierten Besucherinnen und Besuchern einen unvergesslichen Tag ohne rechtsextremes Gedankengut und Pöbeleien zu feiern. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu kleineren Auseinandersetzungen mit Neonazis vor dem Veranstaltungsgelände. Doch das Team rund um den Anstatt e.V. lässt sich davon nicht einschüchtern und hat dafür gesorgt, dass das Festival auch in diesem Jahr ein großer Erfolg wurde. Dank der vielen engagierten Helferinnen und Helfer konnte ein entspannter Tag mit toller Musik verbracht werden. Ganz ohne rechte Pöbeleien und Angst.

Von Lisa Herbst Foto: Anstatt e.V.



### Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung  
Liniestraße 139, 10115 Berlin  
Telefon: 030. 240 886 10  
Mail: [info@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:info@amadeu-antonio-stiftung.de)  
Redaktion: Robert Lüdecke  
Mitarbeit: Sarah Beck, Anna Brausam, Konrad Eucken, Lisa Herbst, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Janna Petersen, Jan Riebe, Timo Reinfrank, Luisa Wingerter  
Gestaltung: Design, Berlin  
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.  
© Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2014

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**  
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR